



Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Dr. Verena Späthe (SPD)

Schleusenbenutzung an Saale und Unstrut

Entsprechend des Koalitionsvertrags von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll der Tourismus in Sachsen-Anhalt weiter befördert werden. Dabei soll den Rad-, Wasser- und Wanderwegen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Tourismus ist ein wichtiger Faktor gerade auch im südlichen Landesteil mit den neu entstandenen Seen, gut erhaltener und historisch wertvoller Bausubstanz und zahlreichen interessanten Angeboten für Besucher nicht nur aus der Region. Viele private Initiativen tragen dazu bei, unser Bundesland bekannter zu machen und Gäste zum Verweilen einzuladen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Die gut ausgebauten Wasserstraßen Saale und Unstrut im Süden des Landes gelten als Geheimtipp für spannende Kanufahrten und naturnahe Beobachtungen von Flora und Fauna. Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, diese Bedingungen zu erhalten und auszubauen?
2. Auch die Gastschiffahrt auf Saale und Unstrut erfreut sich großer Beliebtheit – bei der einheimischen Bevölkerung und bei den Besuchern. Seitens der Flussanliegerkommunen sind in den letzten Jahren Investitionen in diesem Bereich erfolgt, so z. B. durch Schiffsanleger und barrierearme Zufahrten. Welchen Stellenwert haben diese Maßnahmen im Tourismuskonzept des Landes?
3. Wie viele Schleusen befinden sich zwischen Halle und der Landesgrenze auf der Saale und wie viele Schleusen befinden sich in Sachsen-Anhalt auf der Unstrut?
4. In den letzten Jahren wurden die Schleusen entlang der Saale, insbesondere im Raum Merseburg/Leuna, aufwendig saniert. Trotzdem ist eine Nutzung für Fahrgastschiffe nur in den Sommermonaten möglich. Gibt es die Möglichkeit, die Schleusensysteme so umzugestalten, dass Schiffsführer allein und eigenverantwortlich die Schleusung durchführen können?
5. Welche gesetzlichen Vorgaben regeln die Benutzung von Schleusen durch Dritte und welche Änderungen wären notwendig, um die Selbstschleusung bei Fahrgastschiffen zu ermöglichen?

(Eingang bei der Landesregierung am 22.03.2017)